

Hansgeorg Münch - Haushaltsrede 2018 – es gilt das gesprochene Wort am 15.02.2018

**Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und -kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,**

Herr Huber, dem wir hier auch nochmal für die kompetente Beantwortung unserer Fragen danken möchten, hat sich wie immer angestrengt den Haushalt rechtzeitig einzubringen. Unserer Meinung nach sollte der Haushalt jedoch noch einen Monat früher vorliegen, sodass die Fraktionen schon in dem grauen Monat November an die Beratungen gehen können. Wenn das Restprogramm der Stadtverordneten im November etwas reduziert werden würde, wäre eine Verabschiedung vor Weihnachten möglich. In der Weihnachtszeit und bis etwa Mitte Januar ist die Bereitschaft vieler Parlamentarier geringer, sich hiermit zu befassen. Den Umstand, dass man dann eventuell mit Nachtragshaushalten arbeiten müsste fänden wir nicht tragisch. Das machen andere Kommunen auch. Es würde halt bedeuten, dass man etwas höhere Reserven einplant und nicht bis dicht an den Garantieüberschuss zum Haushaltssicherungskonzept heranplant. Leider hat der Haushalt auch wieder ein paar redaktionelle Schwächen und ein paar Fehler, was man auch an der hohen Zahl an Verwaltungsanträgen sehen kann. Von uns wird übrigens immer ein Finanzierungsvorschlag für unsere Wünsche gefordert. Die Verwaltung hingegen senkt einfach den Garantieüberschuss von 1.000.000 € auf 900.000 € und alles ist gut.

Und es gibt auch wieder nur einen vorläufigen Abschluss des Jahres 2016 dessen Zahlen auch leider nicht in allen Bereichen mit dem Haushaltsentwurf vergleichbar sind. In vielen Bereichen sind immer noch erhebliche Schwankungen zwischen den Jahren 2016, 2017 und 2018 vorhanden, was laut Herrn Huber immer noch mit der Umstellung des Systems zu tun hat und in manchen Bereichen wohl auch schon mit der neuen Organisation und Aufteilung der Verwaltung. Wir wünschen uns hier wiederholt besser vergleichbare Zahlen und engere Anlehnung der Planung an den Istzustand. Das würde für den Haushalt 2019 heißen, dass der Jahresabschluss 2017 dann ca. 10 Monate nach Bilanzstichtag in einer belastbaren Form vorliegen müsste. Das sollte ein erreichbares Ziel sein.

Zur Verabschiedung des Haushalts 2017 hatten wir in einem Antrag der BVG beschlossen, dass dem Haushaltsentwurf eine Tabelle mit den Verbräuchen und Kosten der Groß-Umstädter Liegenschaften beigefügt wird. Geliefert wurden uns jetzt nach einem Hinweis unsererseits nur die Kosten, und das in einer schlecht vergleichbaren Tabelle. Für einen langjährigen Vergleich besteht hier noch Verbesserungspotenzial. Die vorbildliche Roßdorfer Tabelle können wir gerne hier noch an die zuständige Abteilung weitergeben.

Doch nun konkret zum Haushalt 2018:

Der negative Saldo aus dem Kommunalen Finanzausgleich steigt weiter an. In 2018 um 600 TSD € auf 8,7 MIO und 2019 um 800 TSD € auf 9,5 MIO. Mit Schuld daran ist die steigende Kreis- und Schulumlage. Die Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich kommen dieser Entwicklung nicht mehr hinterher

und das ist eine Last, die uns auch bei rückläufigen Steuereinnahmen bleiben wird.

Insgesamt stehen uns 2018 zwar dank steigender Steuereinnahmen 1,8 Mio € mehr allgemeine Deckungsmittel aus dem Saldo der Steuereinnahmen, Zuweisungen, Allgemeinen Umlage, KFA, usw. zur Verfügung. Aus diesen 1,8 Mio € höheren Deckungsmitteln wird im Haushalt 2018 aber nur ein um 400 TSD € höheres Jahresergebnis als 2017 erreicht werden. Jetzt kann sich jeder leicht ausrechnen, wie schnell wir bei sinkenden Steuereinnahmen wieder negative Jahresergebnisse sehen werden.

Doch was können wir in Groß-Umstadt dagegen tun?

Den Kopf in den Sand stecken und einfach weiter so?

Es ist ja auch augenscheinlich alles so schön bei uns in der heimlichen Kulturhauptstadt des Landkreises.

Und unser guter Wein, lässt ja dann auch alles in einem viel besseren Licht erscheinen.

Nein, Alkohol ist keine Lösung, das weiss jeder!

Wir müssen besser mit den Rahmenbedingungen umgehen.

Das sagen wir übrigens schon seit einigen Jahren.

Wir wollten immer selbstbestimmt bleiben –

und wir wollen weiterhin keine Straßenbeitragssatzung einführen.

Um mehr finanziellen Spielraum zu gewinnen, hatte dieses Gremium 2015 den Beschluss gefasst, die Verwaltungskosten auf den Mittelwert von 10 hessischen Vergleichskommunen zu senken.

Doch dann bekommen wir hier immer erklärt, dass die Vergleichskommunen ja mit Groß-Umstadt nicht vergleichbar sein sollen! Gut – dann sollte man doch mal einen unabhängigen Dritten

drauf schauen lassen, wie wir die Verwaltung optimieren können. Das war die einhellige Meinung in diesem Gremium.

Hier hat sich die SPD aber von unserem Bürgermeister, auf einen aus heutiger Sicht unbefriedigenden Kompromiss herunterhandeln lassen. Wir haben diesem Kompromiss im letzten Jahr zähneknirschend zugestimmt. Rückwirkend betrachtet war das offensichtlich aber ein Fehler. Denn unsere Befürchtungen, die ich in meiner letztjährigen Haushaltsrede dargelegt habe, sind leider eingetroffen. Das wird die Regierungskoalition wohl auch nicht anders bewerten können. So hatten wir eine konkrete Beschreibung des Auftragsgegenstandes für eine externe Beratung gefordert und waren auch kritisch was die Auswahl eines Beraters aus der kommunalen Familie angeht.

Bisher geht es auf jeden Fall– wenn überhaupt – viel zu langsam voran.

Augenscheinlich haben wir jetzt gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die Steuereinnahmen sprudeln in allen steuerlichen Bereichen der Bundesrepublik Deutschland über den Rand der Steuertöpfe hinaus. Der Regierung gelingt es endlich auch ohne weitere Neuverschuldung auszukommen. Trotzdem gibt es unsere Haushaltslage nicht her, so wichtige Großprojekte wie Nordspange oder Schwimmbad seriös und mit Aussicht auf Genehmigung durch die Kommunalaufsicht zu planen.

Wir sind offensichtlich wieder nicht gerüstet, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schlechter werden. Wollen wir dann wie nach 2008 wieder herumjammern, dass eine Finanzkrise unseren Haushalt ruiniert.

Gerüstet sein heißt, Kosten einsparen und das war ja auch nach den von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedeten

Beschlüssen im Verwaltungskostenbereich geplant. Anzeichen dafür sehen wir bisher nicht und ein schlüssiges Konzept dazu steht auch immer noch aus. Hier muss man klar feststellen, dass der Beschluss aus 2015 nicht umgesetzt worden ist.

Und es ist auch nicht ausreichend erklärt worden, warum die Beschlussumsetzung nicht erfolgt ist.

Und so läuft das oft mit unseren Beschlüssen. Deshalb verstehen wir nicht, dass der Antrag zum Umgang mit Beschlüssen und Anträgen, der ursprünglich von „Bündnis 90 die Grünen“ entworfen wurde, in der Koalition wohl keine Unterstützung fand und deshalb wohl nicht gestellt werden durfte!

Diesen Antrag haben wir, die BVG, jetzt übernommen, weil wir ihn für gut und wichtig halten. Da er kein Haushaltsantrag ist, wird er jetzt wohl erst in der Märzsitzung aufgerufen. Trotzdem möchte ich hier schon einmal darauf eingehen und erklären worum es uns geht. Wir Parlamentarier sitzen hier und opfern ein Stück unserer Lebenszeit für unsere Stadt und deren Bürger. Das Ergebnis sind in der Regel Beschlüsse, die eine Veränderung bringen sollen. Und, wir haben verdammt nochmal ein Recht darauf, dass die Beschlüsse und Anfragen professionell abgearbeitet werden, wie das in jedem modernen Dienstleistungsunternehmen absoluter Standard ist. Wir geben dem Chef der Verwaltung einen Arbeitsauftrag den er als Verantwortlicher umsetzen muss. Keinesfalls wollen wir mit diesem Antrag die Mitarbeiter der Verwaltung brüskieren.

Dieser Vorschlag zum Ablauf des Abarbeitens ist kein Kontrollverfahren unsererseits, sondern eher eine Unterstützung, um die Umsetzungskompetenz zu verbessern.

Sind es vielleicht auch Mängel in der Personalstruktur und der Mitarbeiterführung, die mit dazu beigetragen haben, dass wichtige und gute Mitarbeiter der Stadt unsere Verwaltung verlassen haben? Der Frage nach den Gründen für diese Personalfluktuation ist auf jeden Fall vorbehaltlos nachzugehen. Auf Dauer können wir es uns nicht leisten, Personal auszubilden und weiterzubilden, das uns dann schnell wieder verlässt.

Wie anfangs schon angesprochen, ist uns bewusst, dass unser Haushalt nachhaltig und immer stärker von übergeordneten Einflüssen geprägt wird.

So werden Jahr für Jahr durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg mehr Kosten produziert und weiteres Personal eingestellt. Alleine im letzten Jahr wurden 90 Stellen neu geschaffen. Die Kreis- und die Schulumlage steigen erheblich und belasten unseren Haushalt über das erträgliche Maß. Einige Bauprojekte des Kreises sind ein Beispiel dafür, wie man nicht mit den Steuern der Bürgerinnen und Bürger umgehen sollte. Hier gilt scheinbar aber nur noch das Motto: Schneller, höher, weiter!

Der Kreis setzt ein riesiges Schulbauprogramm um, leistet sich als einziger Landkreis in Hessen noch einen Klinik Eigenbetrieb, modernisiert seine Verwaltungsgebäude nach höchstem Standard baut immer weitere Stellen auf und will dann auch noch eine eigene Wohnungsbaugesellschaft gründen. Jedes für sich betrachtet sicher absolut sinnvoll und notwendig ! Alles auf einmal und immer auf höchstem Standard geht aber nun mal nicht! Irgendwann sind die Gemeinden des Kreises finanziell ausgesaugt. Aber unser Landrat hat hier wohl leider jedes Maß verloren!?! Hier sind unsere

Kreisabgeordneten hier im Saal und allen voran unser Bürgermeister mal dazu aufgefordert den Landrat einzubremsen bevor wir unter dieser Last zusammen brechen.

Aber auch die Landespolitik gängelt uns. Immer mehr Aufgaben, werden einfach an uns weitergegeben ohne für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung zu sorgen. Im Sommer letzten Jahres hatten wir in diesem Parlament einen Anlauf genommen einen gemeinsamen Resolutionsantrag auf den Weg zu bringen, um die Landes- und Bundesregierungen dazu zu drängen die Kommunen gänzlich von den Kitagebühren zu befreien. Just in der Sozialausschusssitzung in der wir den Antrag vorstellen wollten, kam die Meldung, die Landesregierung wolle ab August 2018 die Ü 3 Betreuung beitragsfrei stellen, und das Interesse an unserer Resolution versiegte vorerst. Herausgestellt hat sich jetzt, dass das Land Hessen den Kommunen für 6 Stunden Ü3 Betreuung nur 136 € pro Kind und Monat erstattet. Dies ist eine Entlastung der Familien die wir natürlich begrüßen. Für die Kommunen bedeutet das auf jeden Fall eine Mehrbelastung, da die zu erwartende Nachfragesteigerung und die damit erforderliche Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen mit mindestens 80% der Kosten bei den Kommunen hängen bleibt. Dass sich das Land dann noch die Hälfte der dieser 136,- € über die Reduzierung des Kommunalen Finanzausgleichs zurückholen will, macht dies zu einer billigen und armseligen Schaufensterveranstaltung des Landes Hessen auf dem Rücken der Kommunen.

Die Kommunen sind mit der Aufgabe der Kinderbetreuung, welche ein ganz fundamentaler Baustein unseres Bildungssystems ist finanziell gänzlich überfordert. Die Kinderbetreuung ist eine

Investition in die Zukunft unseres Landes. Hier müssen das Land und Bund mehr Geld locker machen, ohne es sich dann hinten rum wieder von uns zu holen. Wir regen an und möchten auch dafür werben, diesen Resolutionsantrag gemeinsam noch einmal anzugehen, in alle hessischen oder deutschen Kommunen zu streuen und vielleicht direkt mit dieser kommunalen Gemeinschaft bei der Bundesregierung Druck zu machen um hier eine Lösung herbeizuführen. Und hier sind auch die Parteipolitiker im Raum gefordert an ihre Abgeordneten heranzutreten und mehr Druck zu machen um die Landeszuweisungen zu erhöhen. Und wir sollten auch unseren direkten Draht in die obere Ebene bemühen. Hier darf auch Herr Zimmermann sich mal dafür einsetzen und etwas bewegen. Wir brauchen hier ein deutliches „Hand drauf“ liebe SPD. Es ist wichtig, dass wir mehr Kosten abgenommen bekommen und nicht aufgeladen!

Aber auch unsere Kostenstruktur muß weiterhin hinterfragt werden. Nur so können Optimierungspotenziale gefunden werden. Den Grundsatz, so sparsam wie möglich zu wirtschaften, dürfen wir keines Falls aus den Augen verlieren. Die übergeordneten Einflüsse auf unseren Haushalt, die ich eben dargestellt habe, dürfen keine Entschuldigung für mangelnde Sparbemühungen sein.

Als wir nach der Finanzkrise den Hebesatz für die Grundsteuer B angehoben haben, um die Einführung der Straßenbeitragssatzung zu verhindern, wurde angekündigt diesen Hebesatz wieder schrittweise zu senken, wenn wir wieder positive Zahlen schreiben. Dies geschieht offensichtlich nicht. Angehoben hatten wir den Hebesatz damals um 120 % Punkte. Im letzten Jahr wurde der erste

Schritt gemacht und der Hebesatz um 5 % gesenkt und die SPD hat sich dafür mit einem „wir halten unser Wort“ gefeiert. Dabei muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, dass 5 Punkte Hebesatzsenkung gerade mal 33.000 EUR weniger Einnahmen bedeut haben. Doch in diesem Jahr kommt man bereits ins Stolpern und von einer Senkung ist im Haushaltsentwurf nichts zu lesen. Und das obwohl die SPD ein „Hand drauf“ gegeben hatte. Hier hat die CDU jetzt einen Antrag gestellt, zu dem wir uns später äußern werden.

.

Alles in Allem werden wir mit dem vorgestellten Haushaltspapier das erklärte Ziel wohl erreichen und den Vorgaben der Kommunalaufsicht wohl gerade so gerecht werden.

Wir können in dem vorliegenden Haushaltsentwurf insgesamt nicht erkennen, wie wir jemals dazu in der Lage sein werden, die vielen wichtigen Investitionen wie Nordspange, Schwimmbadsanierung oder Neubau eines Feuerwehrstützpunktes jemals umzusetzen. Wir können ebenfalls nicht erkennen, dass es erfolgreiche Bemühungen gibt, Einsparpotentiale zu finden und zu realisieren. Da somit gegenüber dem letzten Haushalt 2017 nicht der von uns erhoffte Fortschritt erzielt werden konnte, werden wir heute dem Haushalt 2018 in seiner Gesamtheit nicht zustimmen können.

Trotzdem behalten wir uns natürlich vor bei den Einzelanträgen mitzustimmen.

Vielen Dank